

Gruebler, Julia

Research Report

Österreich zwischen Ost und West im Kontext der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft

FIW-Policy Brief, No. 42

Provided in Cooperation with:

FIW - Research Centre International Economics, Vienna

Suggested Citation: Gruebler, Julia (2018) : Österreich zwischen Ost und West im Kontext der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, FIW-Policy Brief, No. 42, FIW - Research Centre International Economics, Vienna

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/238268>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Policy Brief Nr. 42, November 2018

Österreich zwischen Ost und West im Kontext der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft

Julia Grüber

Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)

Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft, die mit 1. Juli 2018 begann, steht unter dem Stern der Wiederbelebung seiner Brückenfunktion zwischen Ost und West; denn während sich die Länder in Mittel-, Ost- und Südosteuropa (MOSOEL) wirtschaftlich Westeuropa annähern, scheinen sich politische Bruchlinien zu verhärteten. Diese Entwicklung betrifft insbesondere die Visegrád-Staaten (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn), welche für Österreichs Wirtschaft in den letzten Jahren zunehmend als Handelspartner und Destination für Investitionen an Bedeutung gewonnen haben. Ein besonders ambivalentes wirtschaftliches und politisches Verhältnis mit Osteuropa ergibt sich im Bereich Migration – aus Süd- und Osteuropa nach Österreich bzw. von Personen aus Drittstaaten durch diese Region nach Österreich. Der Boykott der Umverteilung von Geflüchteten zog bereits Vertragsverletzungsverfahren für Länder in der österreichischen Nachbarregion nach sich. Zusammen mit den heuer eingeleiteten Disziplinarmaßnahmen aufgrund von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit könnten sie im neuen EU-Budget zu wesentlichen Kürzungen von Zuteilungen für Osteuropa und durch die intensiven wirtschaftlichen Verflechtungen auch für Österreich zu negativen wirtschaftlichen Konsequenzen führen. Diese Situation verschärft sich durch die erwartete Lücke im EU-Budget durch den Austritt Großbritanniens aus der EU und turbulente Zeiten für das internationale Handelssystem durch gegensätzliche Politiken der USA und Chinas.

1. Eine Beziehung am Scheideweg?

Die Beziehung zwischen west- und osteuropäischen Staaten der EU weist zwei gegensätzliche Trends auf. Wirtschaftlich verschwimmen die Grenzen mit der Zeit. Durch die Integration in internationale Wertschöpfungsketten, z.B. der deutschen Autoindustrie, sind sie eng miteinander verbunden. Sowohl das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf als auch Lohnniveaus konvergieren.

Politisch gleicht die Trennlinie jedoch zunehmend einer Trennmauer. Drei Umstände der jüngsten Vergangenheit scheinen diese Tendenz zu verstärken: (i) Die sogenannte „Migrationskrise“ zeigte die Uneinigkeit zwischen EU-Mitgliedsstaaten über die Verteilung von Asylsuchenden innerhalb der EU. (ii) Durch die Entscheidung Großbritanniens aus der EU auszuscheiden (Brexit) stellt sich die Frage nach der Kompensation der Lücke im EU-Budget. (iii) Die chinesische Seidenstraßeninitiative, welche innerhalb Europas primär in Ost- und

Südosteuropa Infrastrukturinvestitionen vorsieht, birgt sowohl Chancen als auch Risiken für die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Region.

1.1. Südosteuropa im Fokus der österreichischen Ratspräsidentschaft

Österreich übernahm per 1. Juli 2018 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Nach Bulgarien und vor Rumänien gestaltet Österreich somit zum bisher dritten Mal die politische Agenda der EU.

Im dazu veröffentlichten Programm werden drei Schwerpunktthemen vorgestellt: Sicherheit und Migration, Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung und die Stabilität in der Nachbarschaft (BKA, 2018). Letztere soll im Einklang mit der im Februar von der Europäischen Kommission (2018a) veröffentlichten Erweiterungsstrategie durch die Heranführung des Westbalkan an die EU gewährleistet werden.

Vor diesem Hintergrund werden im vorliegenden Policy Brief die wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs mit mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten (EU-

MOE) und dem Westbalkan (WB) beleuchtet und sowohl wirtschaftliche als auch politische Herausforderungen diskutiert.

1.2. Politische Divergenz in Österreichs unmittelbarer Nachbarschaft

In manchen Ländern Mittel-, Ost- und Südosteupuras ist der politische Wille für stärkere Integration in die EU oder den Euroraum wahrnehmbar. Kroatien beispielsweise verabschiedete im Frühjahr eine Strategie zur Euroeinführung. Auch Bulgarien bemüht sich darum; erfüllt aber hinsichtlich der Gesetzgebung zur Rolle der Zentralbank noch nicht alle Kriterien. Zudem wurde für die Westbalkanländer das ambitionierte Ziel eines EU-Beitritts bis zum Jahr 2025 offiziell verkündet.

In jüngster Vergangenheit mehrten sich jedoch Konfrontationen zwischen osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten und der EU bzw. westeuropäischen Partnerländern, unter anderem durch die Uneinigkeit bei der Frage nach der Aufnahme von vor Kriegen und politischer Verfolgung geflüchteten Menschen.

Lt. Eurostat belief sich die Anzahl der in der EU um Asyl ansuchenden Menschen im Jahr 2017 auf 712.235 – das entspricht rund 54% des Niveaus aus dem Jahr 2015, in welchem die Migration nach Europa zur Krise erklärt wurde. Lediglich 3,1% dieser Personen wurden in den elf EU-MOE Staaten registriert. Damit beläuft sich die Anzahl von Asylsuchenden pro Million Einwohner auf 215 für die EU-MOE, aber auf 1.678 für die EU-15. Österreich nahm mit 2.817 primär aus Syrien, Afghanistan und Pakistan stammenden Schutzsuchenden pro Million Einwohner Rang 5 ein, während sich die Zahl aufgenommener Asylsuchender für Österreichs östliche Nachbarn jeweils auf weniger als 150 belief.

Weder der informelle Gipfel der Staats- und Regierungschefs im September in Salzburg, noch die Ratssitzung im Oktober konnten signifikante Vorstöße bei der Reform des Asylwesens – insbesondere im Hinblick auf Kooperationen mit Drittstaaten, die Sicherung der Außengrenzen und die Verteilung von Schutzsuchenden innerhalb der EU – erzielen. Der stärkste Gegenwind für Quotenregulierungen kommt aus den Visegrád-Staaten (V-4): Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn. Gegen letztere drei leitete die Europäische Kommission bereits im Juni 2017 ein Vertragsverletzungsverfahren ein, weil sie sich bei der im Jahr 2015 beschlossenen Umverteilung von Geflüchteten aus Griechenland und Italien nicht beteiligten. Für Ungarn wurden im Juli 2018 weitere Schritte durch die Kommission eingeleitet, da

die Asylbeantragung erschwert wird und neue ungarische Rechtsvorschriften die Unterstützung von Asylanträgen kriminalisiert.

Sowohl gegen Polen¹ als auch Ungarn² wurden heuer zudem Disziplinarmaßnahmen aufgrund von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit eingeleitet. Öffentliche Proteste wurden in Polen durch die zunehmende Einschränkung von Richterposten im Zuge einer umstrittenen Justizreform ausgelöst; in Ungarn richten sich die Demonstrationen gegen den politischen Druck auf Medien, NGOs – insbesondere, wenn sie vom Ausland finanziell unterstützt werden – und auch gegen Hochschulen. Die Central European University (CEU) verkündete kürzlich, im Jahr 2019 einen Standort in Wien zu eröffnen und im Falle einer gänzlichen Blockade durch die ungarische Regierung das Studienangebot gänzlich von Budapest nach Wien zu verlagern.³ Der Unmut der rumänischen Bevölkerung richtet sich gegen die Lockerung der Korruptionsgesetze, die auch dem erst im Juni verurteilten PSD-Parteichef Dragnea zugutekommt.

Wie in den folgenden Abschnitten erörtert wird, schlagen sich die politischen Turbulenzen noch nicht in der wirtschaftlichen Entwicklung nieder, Szenarien negativer mittel- bis langfristiger Konsequenzen für die Wirtschaften in Österreichs östlicher Nachbarschaft müssen jedoch ernsthaft in Betracht gezogen werden.

1.3. Anhaltende aber geschwächte wirtschaftliche Konvergenz

Die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung in den meisten Ländern in Mittel- und Osteuropa ist positiv zu bewerten. Im Vergleich zum Vorjahr verlor die Wachstumsdynamik jedoch etwas an Schwung. Der heimische Konsum lässt etwas nach, Exporte flachen durch die Konjunkturabkühlung im Euroraum ab und der Arbeitskräftemangel wird zunehmend spürbar.

Während das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der elf EU-MOE im Vorjahr 4,9% betrug, wird für heuer ein Wirtschaftswachstum von 4,2% erwartet. Einen Wachstumsschub verzeichnet dagegen der Westbalkan, für welchen ein BIP-Wachstum von 3,8% erwartet wird (wiiw, 2018). Neben fiskalpolitischen Maßnahmen spielt hier auch die „wiederbelebte“ EU-Beitrittperspektive eine Rolle (Astrov und Grüber, 2018).

Im Vergleich dazu ist für Österreich mit einem Wirtschaftswachstum von 3,0% zu rechnen (WIFO, 2018). Sowohl die EU-28 als auch der Euroraum verzeichnen einen leichten Wachstumsrückgang mit einer Prognose

¹ Europäisches Parlament, „Rechtsstaatlichkeit in Polen: Parlament will EU-Maßnahmen unterstützen“, (1. März 2018). - <http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180226IPR98615>.

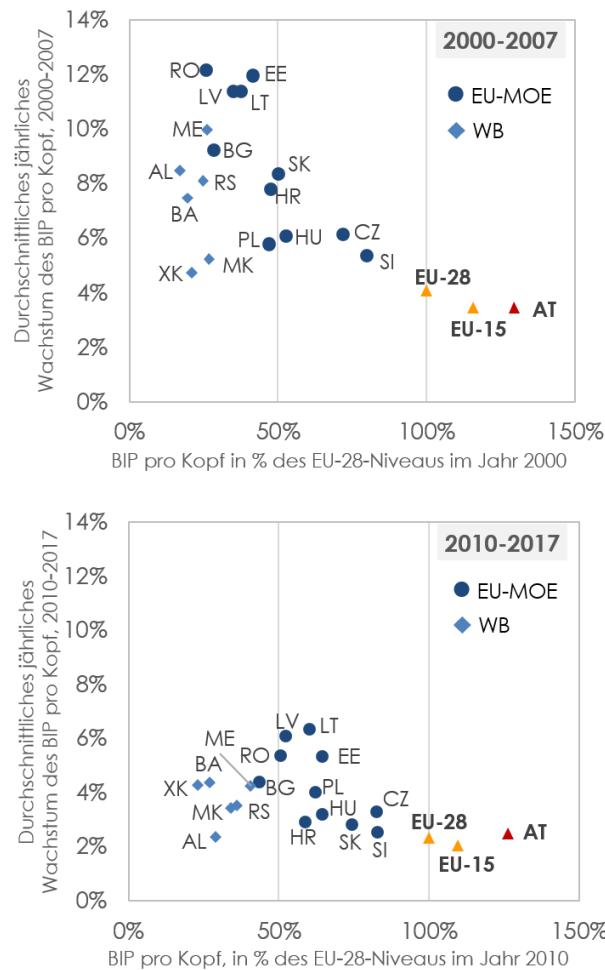
² Europäisches Parlament, „Rechtsstaatlichkeit in Ungarn: Parlament fordert Rat zum Handeln auf“, (12. September 2018). - <http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180906IPR12104>.

³ Central European University (CEU), „CEU to Open Vienna Campus for U.S. Degrees in 2019; University Determined to Uphold Academic Freedom“, (25. Oktober 2018). - <https://www.ceu.edu/article/2018-10-25/ceu-open-vienna-campus-us-degrees-2019-university-determined-uphold-academic>.

von 2,1% für das heurige Jahr (Europäische Kommission, 2018b).

Über den Zeitraum 2000-2017 kann man einen klaren wirtschaftlichen Konvergenzpfad der EU-MOE erkennen. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf⁴ wuchs schneller in jenen Ländern, wo dieses weit unter dem EU-28 Durchschnitt lag.

Abbildung 1: Konvergendifamik 2000-2007 vs. 2010-2017



Datenquelle: wiw Annual Database, Eurostat; wiw Berechnungen. Anmerkung: BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten. Der EU-28-Durchschnitt entspricht 100%.

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat dieser Dynamik allerdings erheblich Wind aus den Segeln genommen (Abbildung 1). Spaltet man die Gesamtperiode in eine siebenjährige Vorkrisenzeit (2000-2007) und eine eben solange „Quasi“-Nachkrisenzeit (2010-2017), zeigt sich sehr deutlich, dass sich EU-Mitglieder schneller dem EU-28-Durchschnitt (und auch Österreich) annähern konnten als die Westbalkanstaaten und auch, dass sich der wirtschaftliche Aufholprozess nach der Krise wesentlich verlangsamt hat.

⁴ Gemessen zu Kaufkraftparitäten (KKP), d.h. unter Berücksichtigung unterschiedlicher Preisniveaus.

Für EU-MOE ist Ähnliches für die Entwicklung des Lohnniveaus zu beobachten. Trotzdem entsprach selbst das slowenische durchschnittliche Lohnniveau, welches das höchste innerhalb der EU-MOE ist – im Jahr 2017 weniger als 70% des österreichischen. Mit 50%-58% des österreichischen Lohnniveaus, bleibt Österreich auch weiterhin ein attraktiver Arbeitsstandort für Arbeitnehmer aus Tschechien, Ungarn und der Slowakei. (Astrov und Grüber, 2018).

Das spiegelt sich auch in der von der Österreichischen Nationalbank veröffentlichten Zahlungsbilanz wieder. Entgelte, die von inländischen Unternehmen (nach Firmensitz) für ausländische Arbeitnehmer (nach Wohnsitz) gezahlt wurden beliefen sich im Jahr 2017 auf 3,6 Milliarden Euro. Von diesen entfielen 26% auf Ungarn, 23% auf Deutschland, 11% auf die Slowakei, jeweils 6% auf Slowenien und Rumänien und weitere 5% auf Tschechien.

2. Österreichs Wirtschaftsbeziehungen mit MOSOEL

2.1. Außenhandel: Verschiebung Richtung Visegrád-Länder

Der mit Abstand wichtigste Markt für österreichische Güterexporte ist der europäische Binnenmarkt mit einem Anteil von 70% im Jahr 2017: Davon entfielen rund 30% auf Deutschland, bzw. 52% auf Österreichs unmittelbare Nachbarstaaten (Abbildung 2).

Die Konzentration österreichischer Unternehmen auf den EU-Markt wird sich kurzfristig nicht dramatisch verändern. Über die letzten Jahre lassen sich jedoch Tendenzen erkennen: Im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2007 wuchsen Exportanteile in Regionen außerhalb Europas, insbesondere in die zwei größten Volkswirtschaften der Welt. Der Exportanteil in die USA wuchs im Vergleichszeitraum um 1,7 Prozentpunkte auf 6,8%, jener nach China erhöhte sich um 1,2 Prozentpunkte auf 2,6%.

Dagegen reduzierte sich der Anteil der für die EU bestimmten Exporte von 74% auf 70%. Dieser Rückgang ist primär den EU-15 (von 56% auf 52%) zuzuschreiben, während Exportanteile in die EU-MOE und in den Westbalkan beinahe unverändert bei 18% bzw. 0,9% blieben. Innerhalb der EU-MOE konnten die Visegrád-Staaten – Tschechien, Ungarn, Polen und Slowakei – jedoch sogar an Bedeutung gewinnen mit einer Steigerung um 0,7 Prozentpunkte auf nunmehr rund 12%.

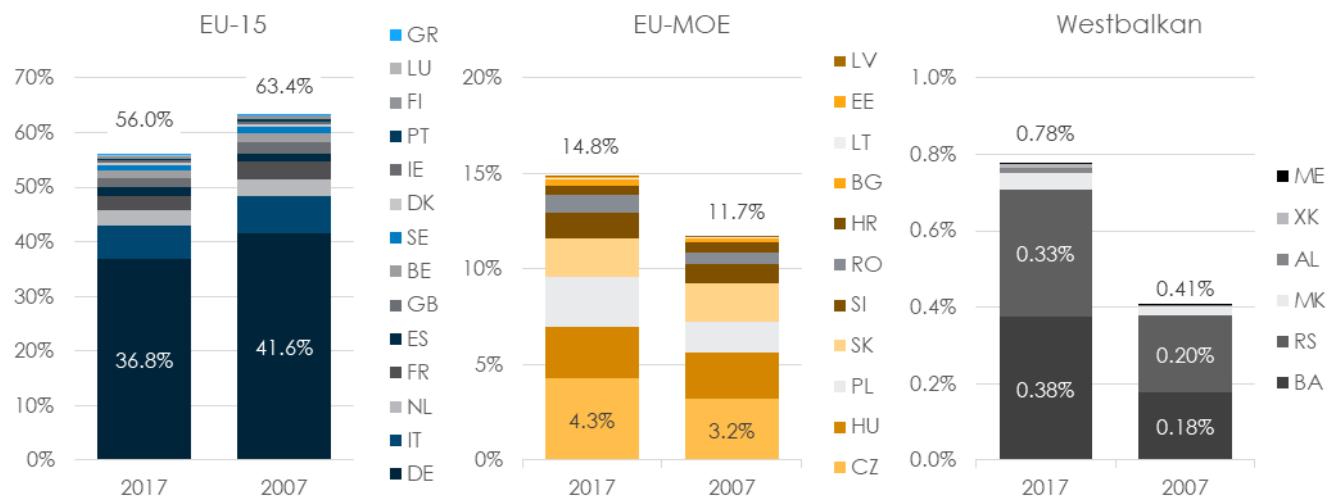
Den im Jahr 2017 aus Österreich exportierten Waren im Gesamtwert von 142 Milliarden Euro standen 147 Milliarden Euro an Importen gegenüber, die zu 71% aus den EU-28 stammten. Die für die Exporte beobachteten Tendenzen sind auf der Seite der Importe noch viel stärker ausgeprägt. Mit einem Anteil von 56% dominieren die EU-15 die österreichischen Importe. Gleichzeitig

ist für diese Region der stärkste Anteilsrückgang zu beobachten, der zum größten Teil Deutschland zuzurechnen ist. Dagegen entwickelten sich die Importanteile aus den EU-MOE und dem Westbalkan sehr dynamisch.

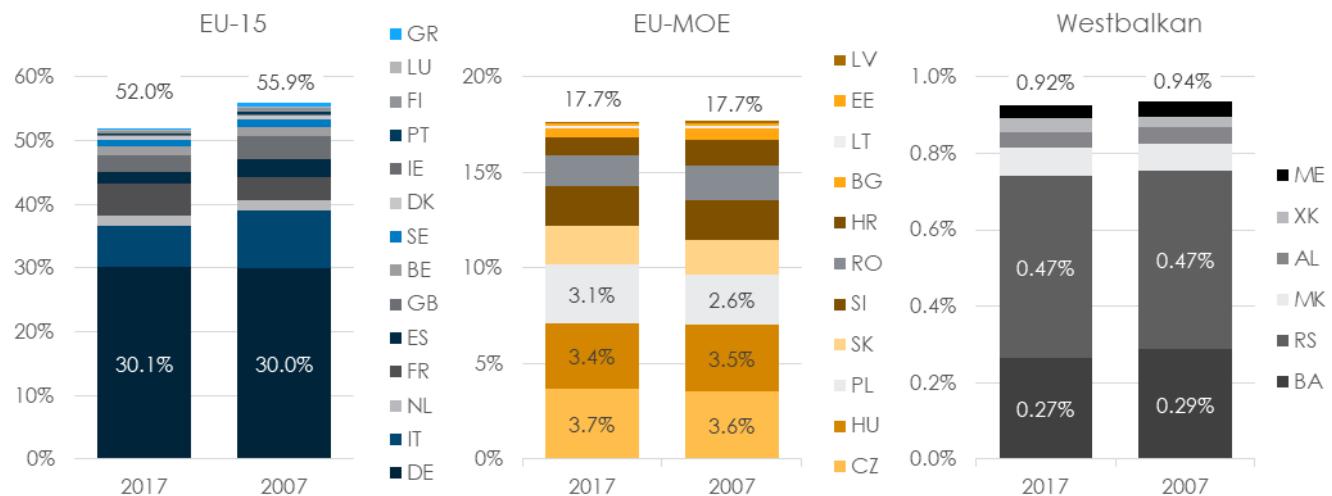
Mit einem Anteilsgewinn von 2,3 Prozentpunkten auf nunmehr 12% ist den Visegrád-Staaten auch auf der Importseite besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Abbildung 2: Anteile am österreichischen Warenhandel

WARENIMPORTE: 147.615 Mio. Euro im Jahr 2017



WAREXPORTE: 141.918 Mio. Euro im Jahr 2017



Datenquelle: Statistik Austria. Anmerkung: Sortierung nach Importanteilen im Jahr 2017.

Mit einem Exportvolumen von 59 Milliarden Euro und Importen in der Höhe von 48 Milliarden Euro im Jahr 2017 entspricht der Dienstleistungsaußendienst etwa einem Drittel des Warenhandels. Der Handelsbilanzüberschuss aus dem Dienstleistungssektor übersteigt jedoch das Handelsbilanzdefizit aus dem Güterhandel – was in erster Linie der positiven Entwicklung der Tourismusbranche zuzuschreiben ist. Auch hier zeigt sich die dominante Rolle Deutschlands, dem im Jahr 2017 45% der Reiseverkehrsexporte und 51% der insgesamt knapp 106 Millionen Nächtigungen ausländischer Gäste zuzuordnen waren. Der Anteil der Gäste aus den

EU-15 reduzierte sich von 82% im Jahr 2007 auf 75% im Jahr 2017 – die absoluten Nächtigungszahlen reduzierten sich jedoch nur für Großbritannien und Italien.

Auch der österreichische Tourismus profitiert von der wirtschaftlichen Entwicklung in der östlichen Nachbarschaft: Gemessen an den Nächtigungszahlen rangierten Tschechien, Ungarn und Polen auf den Plätzen 6, 8 und 9. Zusammen mit der Slowakei (Rang 18) repräsentierten die Visegrád-Staaten 6,9% der gesamten Nächtigungen. Das entspricht einem Anteilsplus von 2,1 Prozentpunkten im Vergleich zum Jahr 2007 oder 3,1 Millionen zusätzlichen Nächtigungen. Auf Gäste aus dem

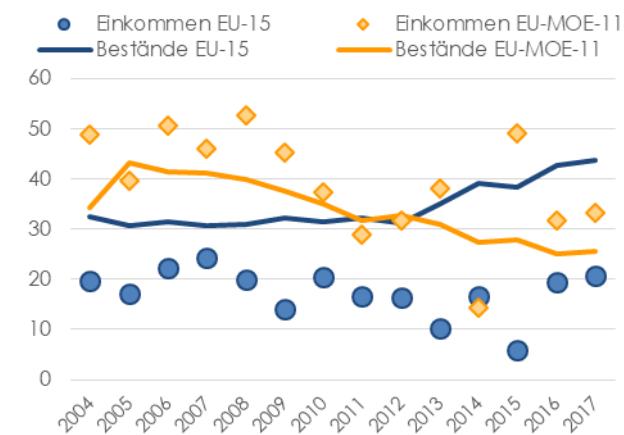
Westbalkan entfallen lediglich 0,3% der Nächtigungen; über die letzten 10 Jahre hat sich der Anteil jedoch mehr als verdreifacht. Die stärkste Wachstumsdynamik ist jedoch für Reisende aus China zu beobachten, deren Nächtigungsanteil im Jahr 2017 1,2% betrug, aber sich im Vergleich zum Vorkrisenjahr mehr als verfünfachte.

2.2. Investitionen: Abkehr vom Osten trotz überdurchschnittlicher Profitabilität

Eine gegenläufige Entwicklung der österreichischen Beziehungen mit west- und osteuropäischen Ländern der EU zeigt sich auch anhand Österreichs Direktinvestitionen (DI). Über den Zeitraum von 2004 bis 2010, in welchem zwei EU-Erweiterungen nach Osten stattfanden, überstiegen die österreichischen Bestände an DI in den EU-MOE jene in den EU-15 deutlich. Seit dem Jahr 2013 verschieben sich DI-Anteile wieder zunehmend Richtung EU-15. Zuletzt belief sich der Anteil der österreichischen DI-Bestände in den EU-15 auf 44%, jener in den EU-MOE auf 25% (Linien in Abbildung 3).

Der Anteil an generierten Einkommen aus Investitionen in den EU-MOE überstieg mit einer einzigen Ausnahme jenen der Einkommen aus Investitionen in den EU-15.

Abbildung 3: Anteile österreichischer Direktinvestitionsbestände und -einkommen in %



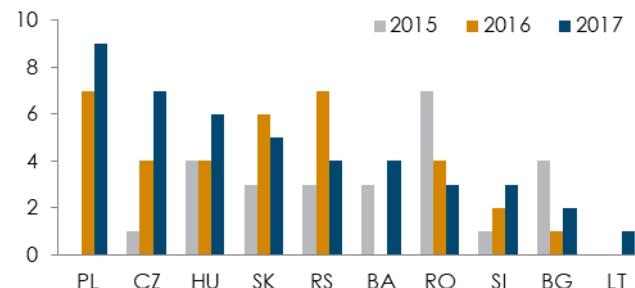
Datenquelle: OeNB.

Während 44% der österreichischen DI in den EU-15 getätigten werden, stammen 21% der Einkommen aus dieser westlichen EU-Region. Für die EU-MOE steht ein DI-Bestandsanteil von 25% einem Einkommensanteil von 33% gegenüber. Österreichische Investoren profitierten damit überdurchschnittlich von ihren Projekten in der östlichen EU-Region.

Reiht man Länder nach ihrem Anteil am österreichischen Direktinvestitionseinkommen im Jahr 2017 wird diese Liste von Tschechien mit 14,6% angeführt. Die Slowakei (3,9%), Rumänien (3,7%), Ungarn (3,3%) und Polen (2,9%) folgen auf den Plätzen 9 bis 12. Lediglich Deutschland (8,6%) und die Niederlande (5,5%) reihen sich als EU-15-Staaten vor den Visegrád-Ländern ein.

Es ist damit auch nicht verwunderlich, dass innerhalb der östlichen EU-Region die V-4 die meisten österreichischen Greenfield-Investitionen im Jahr 2017 verbuchten (Abbildung 4). Dabei handelt es sich nicht um Aufkäufe bestehender Unternehmen oder Anteile davon, sondern um den Aufbau oder die Erweiterung von Unternehmensstandorten.

Abbildung 4: Österreichische Greenfield-Projekte in MOSOEL



Datenquelle: fDi Markets

Wechselt man die Perspektive ist schnell ersichtlich, dass Österreich auch eine prominente Position als Investor in diesen Ländern einnimmt. Österreich zählt zu den Top-5 Herkunftslandern ausländischer Direktinvestitionen in sieben von elf EU-MOE – mit Anteilen von 9,7% für Bulgarien bis zu 24,7% für Slowenien an den zugeflossenen Direktinvestitionsbeständen. Auch in vier von sechs Ländern am Westbalkan reiht sich Österreich unter die fünf wichtigsten Investoren gemessen an den DI-Beständen, mit Anteilen von 19,2% für Bosnien und Herzegowina, 12,2% für Mazedonien, 11,6% für Serbien und 6% für den Kosovo. In drei weiteren Staaten ist Österreich noch im Top10-Ranking zu finden. Damit bleiben lediglich die drei baltischen Länder in der östlichen EU übrig, wo Österreich nur zu den Top-20 Investorländern zählt mit Anteilen von jeweils unter 2%.

Zu berücksichtigen ist hier allerdings, dass Österreich gerne von ausländischen Unternehmen als Stützpunkt für ihre Geschäfte mit MOE gewählt wird und somit DI-Statistiken tendenziell die Wichtigkeit der österreichischen Investoren überschätzen.

2.3. Migration: Österreichs ambivalentes Verhältnis zu Osteuropa

Österreich machte bei den EU-Osterweiterungen in den Jahren 2004 und 2007 Gebrauch von der maximalen Übergangsperiode von sieben Jahren für die vollständige Arbeitsmarktoffnung für Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedsstaaten. Im Fall Kroatiens, das der EU im Jahr 2013 beitrat, tut es das noch.

Nichtsdestotrotz ist Österreich ein beliebtes Zielland für Arbeitssuchende aus Osteuropa. Zwei wesentliche Faktoren sind hier natürlich die geographische Nähe, aber auch das bereits erwähnte Lohngefälle.

Zwischen 2003 und 2016 vervierfachte sich in Österreich die Anzahl der Arbeitskräfte aus osteuropäischen EU-

Mitgliedstaaten auf 185.000 Individuen¹ (Schmieder und Weber, 2018). Während der Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt während der Übergangsphase für hochqualifizierte Fachkräfte erleichtert wurde, hat sich nach der vollständigen Arbeitsmarktoffnung die Zusammensetzung der Arbeitnehmer hin zu geringer qualifizierten und jüngeren Beschäftigten in Industrien mit Bedarf an Saisonarbeitskräften verschoben.

Von den im Jahr 2017 gezählten 8,8 Millionen Einwohnern Österreichs besaßen 1,4 Millionen Menschen (rund 16%) keine österreichische Staatsbürgerschaft. Rund ein Drittel kommt aus den EU-MOE und knapp ein Fünftel aus dem Westbalkan. Ebenfalls im Jahr 2017 wurden 3,6 Millionen Beschäftigungsverhältnisse erfasst. Von diesen entfielen 699 Tausend auf Personen anderer Nationalitäten. Sowohl die Zahl der Personen aus dem Westbalkan, die in Österreich leben, als auch die Zahl der entsprechenden Beschäftigungen steigt; der Anteil der Westbalkanregion ist jedoch stark rückläufig, während der Anteil der östlichen EU-Mitgliedsstaaten stetig zunimmt.

Tabelle 1: Personen aus EU-MOE und Visegrád-Staaten (V-4) in Österreich im internationalen Vergleich²

Gesamte ausländische Population je Kennzahl = 100%

Anteile 2017, in%	EU-28	EU-MOE	V-4	WB
Bevölkerung	49,7%	30,2%	13,8%	19,2%
Unselbständige Beschäftigte	59,8%	40,5%	24,6%	20,7%
Gastarbeiterüberweisungen	60,0%	47,8%	33,3%	22,3%
Grenzüberschreitende Arbeitnehmerentgelte	90,0%	61,7%	46,6%	4,0%

Datenquellen: Statistik Austria, BALI (Budget-, Arbeitsmarkt- und Leistungsbezugsinformationen des BMASK), OeNB.

Während Emigration für die MOE kurzfristig positive wirtschaftliche Konsequenzen mit sich bringt, wie etwa eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit, Gastarbeiterüberweisungen in ihre Heimatländer, als auch höheres Lohnwachstum, führt anhaltende Emigration in Kombination mit dem natürlichen demographischen Wandel zu zunehmendem Arbeitskräftemangel, der die wirtschaftliche Entwicklung der Länder gefährden könnte. Eine nachhaltige Verbesserung der Situation durch aus Großbritannien nach dem vollzogenen Brexit zurückkehrende Personen oder durch Kompensation mit Arbeitskräften aus weiter östlich liegenden Regionen ist unwahrscheinlich. Der Sorge, dass Unternehmen ihr Kapital aus der Region abziehen und damit das Wachstum der für Österreich wichtigen Wirtschaftspartner dämpfen würden, könnte durch Automatisierung Abhilfe geschafft werden. Die aktuelle wirtschaftliche Struktur – insbesondere die Spezialisierung auf die Au-

tomobilbranche – lässt den Schluss zu, dass Robotisierung in den Visegrád-Ländern wahrscheinlicher als in anderen Regionen Osteuropas eine zentrale Rolle bei der Produktivitätssteigerung und Standortsicherung spielen wird (Grieveson, 2018).

Über die letzten zehn Jahre stiegen die Bruttolöhne in allen Westbalkanstaaten und EU-MOE mit Ausnahme Kroatiens schneller als in Österreich. Gleichzeitig verzeichneten bis auf Ungarn und Mazedonien alle Länder dieser zwei Regionen ein schnelleres Produktionswachstum als Österreich. Wenn die Produktivität schneller zunimmt, als die Arbeitnehmerentgelte, fallen die Lohnstückkosten relativ zu Österreich und könnten damit den Wettbewerb mit österreichischen Sektoren verschärfen. Das trifft innerhalb der EU-MOE auf Kroatien, Polen und Slowenien zu, die gleichzeitig auch die geringsten Lohnunterschiede zu Österreich aufweisen (Astrov und Grüber, 2018). Ebenso trifft diese Beobachtung für Albanien, Bosnien und Herzegowina sowie Serbien zu, die jedoch noch einen langen Konvergenzweg vor sich haben.

⇒ Open Data & Interaktive Visualisierung

Daten zu Wirtschaftsbeziehungen Österreichs mit 22 Ländern in Mittel-, Ost- und Südosteuropa stehen seit Mitte 2018 kostenlos in Form interaktiver Grafiken und als Download in Excel-Format zur Verfügung:

<https://wiiw.ac.at/at-und-mosoe.html>

3. Zahlreiche Weichenstellungen in naher Zukunft

3.1. EU-interne Herausforderungen

Brexit und die wachsende Lücke im EU-Budget

Großbritannien – und damit eine der größten Volkswirtschaften der EU und Nettozahler in das EU-Budget – scheidet per 30. März 2019 aus der EU aus.

Laut Programm zum österreichischen EU-Ratsvorsitz wird der Wahrung der Einheit der verbleibenden 27 EU-Mitgliedstaaten als auch des positiven Verhältnisses mit Großbritannien nach vollzogenem Brexit besondere Aufmerksamkeit geschenkt (BKA, 2018).

Ein informeller Gipfel der Staats- und Regierungschefs, der Mitte September in Salzburg abgehalten wurde, widmete sich neben den Themen Migration und innere Sicherheit dem Fortschritt der Brexit-Verhandlungen. Als

¹ Diese Zahl beschränkt sich auf im österreichischen Sozialversicherungssystem erfasste unselbständige Erwerbstätige, ohne nach Wohnort zu differenzieren und schließt damit ausländische Pendler ein, aber temporär entsandte Arbeitskräfte sowie selbständig Tätige nicht.

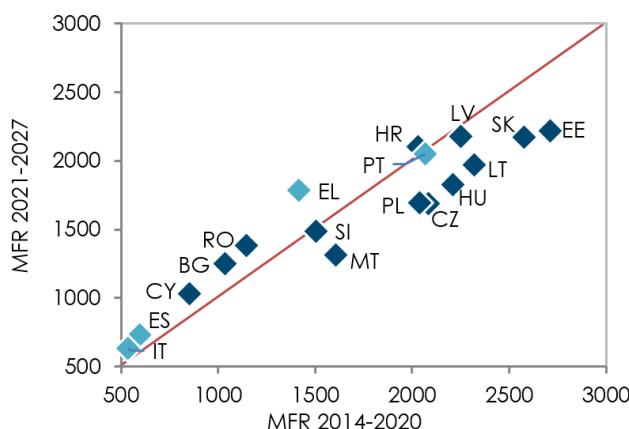
² Detaillierte Länderstatistiken zu einzelnen Kennzahlen für mehrere Länder sind im statistischen Anhang zum wiiw-Sommerprognosebericht auch als Download verfügbar: <https://wiiw.ac.at/ds-6.html>

positives Ergebnis konnte lediglich die Einigkeit präsentiert werden, dass es eine klare, rechtsverbindliche Lösung für Irland geben müsse. Obwohl der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, die Oktobertagung als „Stunde der Wahrheit“ für die Brexit-Verhandlungen ankündigte (Tusk, 2018), konnte bei dieser ebenfalls nur festgestellt werden, dass noch keine ausreichenden Verhandlungsfortschritte erzielt werden konnten (Europäischer Rat, 2018).

Zahlreiche Studien widmeten sich der Schätzung von Brexit-Effekten – durchwegs mit negativen Konsequenzen für die EU, und teilweise verheerenden Effekten für das ausscheidende Großbritannien. Für die Analysen werden verschiedene Szenarien entworfen. Im schlimmsten Fall geht man – auch heute noch – von einem „Hard Brexit“³ aus, für welchen Aichele und Fellermayr (2015) Rückgänge des Realeinkommens um bis zu -0,2% für Österreich, -0,4% für die EU-27 und -2,8% für Großbritannien errechneten. Analysen von Oberhofer und Pfaffermaier (2017) ergeben für die Veränderung des Realeinkommens für Großbritannien eine Bandbreite von -0,3% bis -5,7%, die sich primär aus der Substitution relativ günstiger Industriegüterimporte aus der EU durch relativ teure heimische Produktion ergibt, während der Effekt für die EU-27 sich nicht signifikant von Null unterscheidet.

Kohl et al. (2017) präsentierten potenzielle Einbußen mehrwertschaffender Exporte im Fall eines „Hard Brexit“ im Ausmaß von -0,6% für Österreich, -1,2% für die EU-27 und -17,5% für Großbritannien. Dhingra et al. (2017) kommen zu dem Schluss, dass der Konsum pro Kopf in Österreich um -0,2%, in der EU-27 um -0,4% und in Großbritannien um -2,7% einbrechen könnte.

Abbildung 5: Geplante Zuteilungen des Europäischen Struktur- und Investitionsfonds, in EUR pro Kopf



Anmerkung: MFR = Mehrjähriger Finanzrahmen. Datenquelle: Europäische Kommission (2018d), Smart Specialisation Platform.

Zusätzlich zur Neugestaltung der Handelsbeziehung mit Großbritannien, könnten Wachstumsaussichten der EU-Mitgliedsstaaten in MOE auch durch die Kürzung von

EU-Transfers ab 2021 getrübt werden (Abbildung 5). Geplante Kürzungen entsprechen der Größenordnung von etwa 1% des BIP dieser Länder (Astrov und Grüber, 2018).

Der von der Kommission im Mai präsentierte Budget-Vorschlag beläuft sich auf 1,11% des Bruttonationalprodukts der EU-27. Mit dem Ausstieg Großbritanniens setzt man auf eigene EU-Einnahmequellen, Systemvereinfachungen, teils auf Kürzungen und nicht zuletzt auch auf bedingte Zahlungen (Europäische Kommission, 2018c):

(i) Zu den neuen Einnahmequellen gehören gemäß EK-Vorschlag 20% der Einnahmen aus dem Emissionshandelssystem, 3% der gemeinsamen Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage und Abgaben (0,80 EUR/Kilo) auf nicht wiederverwertete Verpackungsabfälle aus Kunststoff. (ii) Vereinfachungen des EU-Haushalts sollen u.a. durch die Abschaffung des aufwendigen Rabattsystems erreicht werden. Zudem sollen nur noch 10% (anstatt 20%) der Zolleinnahmen von EU-Mitgliedstaaten einbehalten werden. (iii) Kürzungen von jeweils ca. 5% wurden von der Kommission für Finanzmittel für die Gemeinsame Agrarpolitik und für die Kohäsionspolitik vorgeschlagen.

Sowohl eine Erhöhung der Beiträge Österreichs zum EU-Budget als auch die vorgeschlagenen Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft stießen in einer ersten Reaktion auf Ablehnung. Aber auch Frankreich, Polen und die Niederlande zeigten sich kritisch (derStandard, 2. Mai 2018).

Die Debatten rund um das neue EU-Budget werden stark von der Gegenüberstellung der Netto-Empfänger bzw. Netto-Zähler geprägt. Die Entscheidung über das Budget sollte aber vielmehr die wirtschaftlichen Konsequenzen abwägen.

Eine kürzlich veröffentlichte Studie von Naldini et al. (2018) analysiert die Spillover-Effekte der europäischen Kohäsionspolitik. Effekte der Kohäsionsausgaben in Österreich beliefen sich durchschnittlich auf rund EUR 94 Millionen pro Jahr über eine Periode von acht Jahren. Über Handels- und Produktionsnetzwerke profitieren aber auch andere Länder von Investitionen in Österreich und auch umgekehrt kann Österreich durch Investitionen in der EU als Zulieferer aktiv werden. Über Kohäsionspolitik finanzierte Projekte in Österreich zeigen einen positiven Spillover-Effekt auf die restlichen EU-15 von rund EUR 15,7 Millionen pro Jahr auf, während die EU-MOE – welche Hauptempfänger dieser Zahlungen sind – nur marginal mit EUR 1,9 Millionen mitnaschen können. Gänzlich anders sieht die Situation für Österreich aus, wenn man betrachtet, welche Effekte sich für Österreich durch Projekte im EU-Ausland ergeben. Die höchsten Spillover-Effekte für Österreich sind Ungarn (EUR 32,5 Millionen pro Jahr), Polen (21,8), Tschechien (17,3) und Deutschland (12,4) zuzuschreiben. In Summe ergibt sich für Österreich ein positiver Effekt von EUR 31,6 Millionen pro Jahr für die restlichen

³ FIW Policy Brief 36 (September 2017) diskutiert einzelne Szenarien ausführlich.

EU-15, aber einen mehr als dreimal so hohen Effekt für die EU-MOE (97,5), der zum Großteil auf den engen Wirtschaftsbeziehungen Österreichs mit den Visegrád-Staaten (77,8) beruht. Diese Effekte schließen noch keine mittelfristigen Konsequenzen durch Kapazitätserweiterungen, verbesserte Infrastruktur oder Investitionen in Humankapital oder Forschung und Entwicklung ein.

Bedingte Kohäsionspolitik

Eine große Neuerung des EU-Budgets ist die Bindung an Rechtsstaatlichkeit. Sollten die eingangs erwähnten Disziplinarverfahren gegen Ungarn und Polen keine schwerwiegenden politischen Konsequenzen – wie den Verlust der Stimmrechte – zur Folge haben, könnten die wirtschaftlichen Folgen durch die Koppelung von EU-Geldern an die Rechtsstaatlichkeit trotzdem enorm sein. Im Fall Ungarns wurden bereits fast alle aus dem Kohäsionsfonds für die Periode 2014-2020 zur Verfügung gestellten Ressourcen im Voraus ausbezahlt. Sollten die Zahlungen, die in der Vergangenheit die Größenordnung von in etwa 3-4% des ungarischen BIP eingenommen haben, nicht eintreffen, würde Ungarn mit einem enormen Haushaltsdefizit und vermutlich einem Wachstumseinbruch konfrontiert werden.

EU-Integration der Westbalkanstaaten

Die Aussichten für einen EU-Beitritt einiger Westbalkanstaaten haben sich in jüngster Vergangenheit verbessert. Die Europäische Kommission präsentierte als Ziel das Jahr 2025 in welchem die EU um die Westbalkanstaaten erweitert werden soll.

Angesichts persistenter wirtschaftlicher und politischer Hürden scheint die Zielvorgabe selbst für die am weitesten entwickelten Länder der Region – Montenegro und Serbien – zu optimistisch (Grieveson et al., 2018). Die Demonstration einer ernsthaften Aussicht auf einen EU-Beitritt ist dennoch von Bedeutung: Die Erfahrungen in der Vergangenheit haben gezeigt, dass eine solche wesentlich dazu beitragen kann, die Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen zu steigern und Exportkapazitäten aufzubauen. Lt. EBRD (2017) beläuft sich der Bedarf an Infrastrukturinvestitionen in der Region für die Periode 2018-2022 immerhin auf über 8% des BIP pro Jahr für jeden Westbalkanstaat.

Mit Gravitationsschätzungen kommen Reiter und Stehrer (2018) zu dem Schluss, dass der Beitritt zur Zollunion vor allem für den High-Tech-Sektor als auch den Agrarbereich der Region förderlich wäre. Die größten positiven Effekte auf das Realeinkommen durch vertiefte Handelsintegration ergäben sich für die Westbalkanstaaten (zwischen 0,15% für Albanien bis 0,26% für Montenegro), hauptsächlich durch die Reduktion von Importpreisen. Aber auch Österreich ist eines der sieben

Länder in der Nachbarschaft mit einem erwarteten Anstieg des Realeinkommens von über 0,001%, mit erwarteten Exportzuwächsen von 0,04%.

3.2. Steigende Unsicherheiten im internationalen Umfeld

Die chinesische Seidenstraßeninitiative⁴

Die im Jahr 2013 verkündete „Neue Seidenstraße“ ist ein internationales von China vorangetriebenes Infrastrukturinvestitionsprogramm, mit einem Schwerpunkt auf den Ausbau und die Modernisierung von Transportinfrastruktur. Innerhalb Europas liegt der geographische Schwerpunkt spätestens seit der Übernahme von 67% der Anteile am größten griechischen Hafen von Piräus im Juli 2016 durch die China Ocean Shipping Company (COSCO) in Südosteuropa.

Die primär durch chinesische Kredite gestützte Initiative birgt großes wirtschaftliches Potenzial, insbesondere für die Westbalkanstaaten, die den höchsten Aufholbedarf im Bereich Infrastruktur aufweisen und gleichzeitig im Vergleich zu den EU-MOE nur eingeschränkt Zugang zu EU-Förderungen haben. Vorgesehene Projekte könnten u.a. zusätzliche Beschäftigung schaffen, durch verbesserte Infrastruktur Transportkosten und -zeiten reduzieren und damit den Wirtschaftsstandort aufwerten.

Die mit der Initiative verbundenen Risikofaktoren und die Unsicherheit durch mangelnde Transparenz, die Ängste in Europa schüren, sollten jedoch nicht unberücksichtigt bleiben. Hierzu zählen u.a. die Befürchtung, dass lokale Arbeitskräfte und Materialien bei der Realisierung der Projekte kaum zum Einsatz kommen könnten, oder dass sich kreditfinanzierte Großprojekte als Schuldenfallen entpuppen könnten. Hurley et al. (2018) identifizierten sieben Länder, für welche chinesische Projekte das Risiko einer Überschuldung stark erhöhen – dazu zählt auch Montenegro durch ein Seidenstraßen-Autobahnprojekt. Neben wirtschaftlichen Herausforderungen müssen auch politische Hürden überwunden werden. Intransparenz bei Auftragsvergaben ist fruchtbarer Boden für Korruption. Ferner kann sich finanzielle Abhängigkeit zu politischer Abhängigkeit entwickeln.

Die Ankündigungen der Europäischen Kommission (2018e, 2018f) von sechs Leitinitiativen für den Westbalkan im Mai, der Vorschlag eines „InvestEU“-Programms im Juni, als auch die Präsentation der EU-Vision für Konnektivität zwischen Europa und Asien im September sind in diesem Kontext sehr zu begrüßen. Diese Initiativen können noch nicht mit dem Titel einer „Europäischen Seidenstraße“, wie sie beispielsweise Holzner et al. (2018) skizzieren⁵, bedacht werden. Dennoch senden sie ein Signal in die richtige Richtung.

⁴ FIW Policy Brief 33 (Jänner 2017) widmet sich dem wirtschaftlichen Potenzial der chinesischen Seidenstraßeninitiative für Österreich.

⁵ In den komplementär zur chinesischen Seidenstraße angelegten Transportrouten von Lissabon bis Uralsk und von Mailand bis Wolgograd

Wankelmütige US-Handelspolitik

Mit einem Anteil von rund 6% an den gesamten Warenexporten im Jahr 2017 sind die USA der zweitwichtigste Exportmarkt Österreichs. Für eine Evaluierung der Effekte der aggressiven US-Handelspolitik dürfen jedoch nicht nur diese direkten Exporte betrachtet werden, da Österreich in internationale Wertschöpfungsketten eingebunden ist.

Damit ist es durchaus berechtigt, auch in Österreich Alarm zu schlagen, wenn sich US-Strafzölle gegen die deutsche Automobilindustrie richten. Basierend auf der WIOD-Datenbank lässt sich berechnen, dass in jedem Euro an deutschen Autoexporten 30 Cent ausländische Wertschöpfung stecken, von welchen rund 5% auf Österreich entfallen. Damit rangiert Österreich auf Rang 7 der ausländischen Zulieferer, noch vor großen Ländern wie Großbritannien. Aber auch die Visegrád-Staaten sind stark in die deutsche Autoproduktion integriert. In weiterer Folge könnte der handelspolitische Angriff auf die deutsche Autoindustrie die Konjunktur der wichtigsten Wirtschaftspartner Österreichs in Europa schwächen und die ausländische Nachfrage nach österreichischen Gütern und Dienstleistungen anderer Sektoren wie der Tourismusbranche dämpfen.

4. Wiederbelebung der Brückenfunktion

Die Rolle des Vermittlers zwischen West und Ost, die Österreich im Zuge der EU-Ratspräsidentschaft 2018 einnehmen will, gestaltet sich in Anbetracht der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit als zunehmend herausfordernd.

Nicht zuletzt durch die Ankündigung der österreichischen Regierung, dem Migrationspakt zu Grundsätzen für den Umgang mit Migranten bei der UN-Konferenz in Marokko im Dezember 2018 nicht zuzustimmen, werden Vorwürfe einer „Orbanisierung“ Österreichs laut. Ohne auf diese Entscheidung im Detail eingehen zu wollen, ist es wirtschaftlich notwendig, politisch klar zu kommunizieren, in welchen Bereichen Österreich dieselben Positionen wie die Visegrád-Länder vertritt, aber auch, wo sie sich unterscheiden. Eine starke Unterstreichung der Befürwortung der Bindung des EU-Budgets an Rechtsstaatlichkeit wäre ein wichtiges Signal an die heimische Bevölkerung als auch an ausländische Investoren.

Ebenfalls das EU-Budget betreffend, sollte die Diskussion rund um Netto-Zahler und Netto-Empfänger erweitert werden um die tatsächlichen Effekte von Kohäsionspolitik für Empfänger als auch Wirtschaftspartnerländer wie Österreich.

Positive Spillover-Effekte sind auch von Investitionen der chinesischen Seidenstraßeninitiative und der kürzlich

angekündigten EU-Initiativen zu erwarten. Es ist im österreichischen Interesse, beide Initiativen aktiv mitzugehen und zu analysieren. Insbesondere im Fall chinesischer Investitionen sollte sich Österreich während des Ratsvorsitzes stark machen, im Sinne der Transparenzförderung die seit dem Jahr 2013 andauernden Verhandlungen zum Investitionsabkommen zwischen China und der EU voranzutreiben und Fortschritte sowie Risiken der chinesischen Investitionen in Europa zu evaluieren.

Während China sich schrittweise in den Bereichen Handel und Investitionen öffnet, zieht sich die USA zunehmend von der internationalen Wirtschaftsbühne zurück. Europa ist direkt von den gegenläufigen Strategien der zwei weltweit größten Volkswirtschaften betroffen, z.B. von Stahl- und Aluminiumzöllen der USA oder chinesischen Investitionen im Westbalkan. Die indirekten Effekte, die sich aus der zunehmend feindlichen Beziehung zwischen den USA und China ergeben, könnten jedoch noch stärker ausfallen. In diesem Sinne scheint eine verstärkte Analyse der Entwicklung des Handelskriegs zwischen China und den USA als auch der Verhandlungen einer Reform der Welthandelsorganisation (WTO) sinnvoll.

und Baku würde Österreich vornehmlich von einer Steigerung der Exporte nach Russland um 14% profitieren.

5. Literaturverweise

- Aichele, R., und G. Felbermayr (2015), „Costs and benefits of a United Kingdom exit from the European Union“, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Astrov, V. und J. Grübler (2018), „MOSOE: Konjunkturzenit überschritten. Wirtschaftsanalyse und Ausblick für Mittel-, Ost- und Südosteuropa.“, Forschungsbericht, No. 10, Juni, Wien.
- BKA – Bundeskanzleramt Österreich (2018), „Programm des österreichischen Ratsvorsitzes. Vorsitz im Rat der Europäischen Union: 1. Juli – 31. Dezember 2018“, Juni, Wien.
- derStandard.at, „Kommission will höheres EU-Budget: Kurz lehnt Vorschlag als inakzeptabel ab“, <https://derstandard.at/2000079034573/Bruessel-will-hoheres-EU-Budget-1-11-Prozent-der-Wirtschaftsleistung> (2. Mai 2018).
- Dhingra, S; H. Huang, G. Ottaviano, J.P. Pessoa, T. Sampson und J. Van Reenen (2017), „The Costs and Benefits of Leaving the EU: Trade Effects“, CEP Discussion Paper, No 1478, April.
- EBRD (2017), „Sustaining Growth“, Transition Report 2017-18, European Bank for Reconstruction and Development, November, London, ISBN: 978-1-898802-46-5.
- Europäische Kommission (2018a), „Eine glaubwürdige Erweiterungsperspektive für und ein verstärktes Engagement der EU gegenüber dem westlichen Balkan“, COM(2018) 65 final, 6. Februar 2018. - https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/communication-credible-enlargement-perspective-western-balkans_de.pdf.
- Europäische Kommission (2018b), „European Economic Forecast. Summer 2018 (Interim)“, Institutional Paper, No. 084, DG for Economic and Financial Affairs, Juli.
- Europäische Kommission (2018c), „EU-Budget: Die Kommission schlägt ein modernes Budget vor für eine Union, die schützt, stärkt und verteidigt.“, Pressemitteilung, 2. Mai 2018. - http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3570_de.htm
- Europäische Kommission (2018d), 'EU Haushalt: Regionale Entwicklung und Kohäsionspolitik nach 2020', Pressemitteilung, 29. Mai 2018. - http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3885_de.htm.
- Europäische Kommission (2018e), 'EU-Western Balkans. Six Flagship Initiatives', European Commission, Mai. - https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/six-flagship-initiatives-support-transformation-western-balkans_en.pdf
- Europäische Kommission (2018f), „EU-Haushalt: Programm „InvestEU“ für Arbeitsplätze, Wachstum und Innovation in Europa“, Pressemitteilung, 6. Juni 2018. - http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4008_de.htm
- Europäischer Rat (2018), Tagung des Europäischen Rates, Artikel 50, 17. Oktober 2018, - <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2018/10/17/art50/>.

- Grievson, R. (2018), "Demographic decline does not necessarily condemn CESEE EU countries to a low growth future", Focus on European Economic Integration, Q3/18, Oesterreichische Nationalbank, Wien.
- Grievson, R., J. Grübler und M. Holzner (2018), „Western Balkans EU Accession: Is the 2025 Target Date Realistic?“, Policy Notes and Reports, No. 22, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Mai, Wien.
- Grübler, J., A. Bykova, M. Ghodsi, D. Hanzl-Weiss, M. Holzner, G. Hunya und R. Stehrer (2018), „Economic Implications of the Belt and Road Initiative for CESEE and Austria“, Research Report, Mai, Wien. - <https://wiiw.ac.at/economic-policy-implications-of-the-belt-and-road-initiative-for-cee-and-austria-p-4549.html>.
- Holzner, M., P. Heimberger und A. Kochnev (2018), „A European Silk Road“, wiiw Research Report, No. 430, August, Wien.
- Hurley, J., S. Morris, and G. Portelance (2018), „Examining the Debt Implications of the Belt and Road Initiative from a Policy Perspective“, CGD Policy Paper No. 121, Center for Global Development, März, Washington DC.
- Kohl, T., S. Brakman und J Garreltsen (2017), "Consequences of Brexit and Options for a 'Global Britain'", CESifo Working Paper, No. 6648, April, München.
- Naldini, A., A. Daraio, G. Vella, E. Wolleb und R. Römisch (2018), „Externalities of Cohesion Policy“, Study for the REGI Committee, European Parliament, Policy Department for Structural and Cohesion Policies, October, Brüssel.
- Oberhofer H. und M. Pfaffermayr (2017), „Estimating the Trade and Welfare Effects of Brexit. A Panel Data Structural Gravity Model“, WIFO Working Papers, No. 546, Dezember, Wien.
- Reiter, O. und R. Stehrer (2018), „Trade Policies and Integration of the Western Balkans“, Working Paper, No. 148, Mai, Wien.
- Schmieder J. und A. Weber (2018), „How did EU Eastern enlargement affect migrant labor supply in Austria?“, Focus on European Economic Integration, Q3/18, Oesterreichische Nationalbank, Wien.
- Tusk, D. (2018), „Ausführungen von Präsident Donald Tusk nach dem informellen Gipfeltreffen in Salzburg“, Rat der Europäischen Union, Erklärungen und Bemerkungen, No. 519/18, 20. September 2018. - <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/09/20/remarks-by-president-donald-tusk-after-the-salzburg-informal-summit/>.
- WIFO (2018), „Prognose für 2018 und 2019: Abflauende internationale Konjunktur nach kräftigem Wachstum 2018“, Presseinformation, 5. Oktober 2018.
- wiiw (2018), „Strong growth amid increased negative risks“, Herbst-Prognosebericht, November, Wien.

6. Ländercodes

Westeuropäische Länder der EU (EU-15)

Österreich	AT	Finnland	FI	Italien	IT
Belgien	BE	Frankreich	FR	Luxemburg	LU
Deutschland	DE	Großbritannien	GB (UK)	Niederlande	NL
Dänemark	DK	Griechenland	GR (EL)	Portugal	PT
Spanien	ES	Irland	IE	Schweden	SE

Mittel- und Osteuropäische Länder der EU (EU-MOE)

Bulgarien	BG	Ungarn	HU	Rumänien	RO
Tschechien	CZ	Litauen	LT	Slowenien	SI
Estland	EE	Lettland	LV	Slowakei	SK
Kroatien	HR	Polen	PL		

Westbalkanstaaten (WB)

Albanien	AL	Montenegro	ME	Serben	RS
Bosnien und Herzegowina	BA	Mazedonien	MK	Kosovo	XK

Autorin:

Julia Grüberl, M.Sc.
 Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)
 Telefon: +43 1 533 66 10-86
 Email: gruebler@wiiw.ac.at

Impressum:

FIW-Policy Briefs erscheinen in unregelmäßigen Abständen zu aktuellen außenwirtschaftlichen Themen. Herausgeber ist das Kompetenzzentrum "Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft" (FIW). Das FIW bietet den Zugang zu internationalen Außenwirtschafts-Datenbanken, eine Forschungsplattform und Informationen zu außenwirtschaftsrelevanten Themen.

Das Kompetenzzentrum FIW ist ein Projekt von WIFO, wiiw und WSR im Auftrag des BMDW. Die Kooperationsvereinbarungen des FIW mit der Wirtschaftsuniversität Wien, der Universität Wien, der Johannes Kepler Universität Linz und der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck werden aus Mittel des BMBWF gefördert.

Für die Inhalte der Policy Briefs sind die AutorInnen verantwortlich.

Kontakt:
 FIW-Projektbüro
 c/o WIFO
 Arsenal, Objekt 20
 1030 Wien
 Telefon: +43 1 728 26 01 / 335
 Email: fiw-pb@fiw.at
 Webseite: <https://fiw.ac.at>